

19.01.2010 **Diskussion um Novelle der
"Elektroschrott-Richtlinie"**

Wie alte Computer, Fernseher und andere Elektrogeräte entsorgt werden, regelt eine EU-Richtlinie. Die soll jetzt erneuert werden, doch die Pläne werden von der Industrie heftig kritisiert.

Künftig soll in jedem Land der Europäischen Union mehr Elektroschrott als bisher eingesammelt werden. Die Kommission plant eine Quote ab dem Jahr 2016 von 65 Prozent der Geräte, die in den vergangenen zwei Jahren auf den Markt des Mitgliedstaates gebracht wurden.

Beratungen im EU-Parlament

Dieser Vorschlag zählt zu den wesentlichen Neuerungen einer geplanten Novelle der "Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte" (WEEE). Die Kommission hat Ende 2008 den entsprechenden Entwurf vorgelegt, zusammen mit einer Überarbeitung der "Richtlinie zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten".

In den nächsten Wochen soll der Umweltausschuss im Europäischen Parlament über die entsprechenden Pläne beraten. Bis zum Sommer könnte das Parlament in Brüssel über die Änderungsanträge entscheiden.

Stimmt anschließend auch der Ministerrat zu, müssen die Mitgliedsstaaten die neue EU-Richtlinie in nationales Recht umwandeln.

Kritik an Sammelquote

Die Wirtschaft übt heftige Kritik an den Plänen der Kommission. So fordern die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) die Europäische Union auf, die Revision der beiden Richtlinien "wirtschaftsverträglich auszugestalten".

Die Interessenverbände erklären zwar, die vorgelegten Entwürfe "zielen grundsätzlich in die richtige Richtung", doch wiesen die Vorschläge "Schwachstellen" auf.

Die Novellen seien "deutlich zu vereinfachen" und zu "entbürokratisieren", heißt es. "Wir vertrauen darauf, dass die Abgeordneten Regelungen schaffen, die den Umweltschutz weiterbringen, nicht aber eine Bürokratie- und

Kostenspirale in Gang setzen wollen", sagte Stephan Schwarzer, Umwelt-Abteilungsleiter bei der WKÖ.

Zu den Kritikpunkten zählt die Sammelquote. Sie ist für die Wirtschaftsvertreter "nicht nachvollziehbar" und "unrealistisch". Die derzeit gültige Gesetzeslage verlangt, dass in allen EU-Ländern durchschnittlich mindestens vier Kilogramm Altgeräte pro Einwohner pro Jahr gesammelt werden. In Österreich wurden im Jahr 2006 rund 7,7 Kilogramm gesammelt, was einer Quote von rund 40 Prozent entspricht. 65 Prozent seien deshalb "zu ambitioniert", finden die Verbände.

Wer soll Kosten übernehmen?

DIHK und WKÖ treten außerdem dagegen ein, dass EU-Staaten die Hersteller von Elektrogeräten verpflichten sollen, die kompletten Kosten für die Rücknahme von Altgeräten zu finanzieren. In Österreich und Deutschland übernehmen bisher die Kommunen die Sammlung von Altgeräten an kommunalen Sammelstellen, die Hersteller übernehmen anschließend die Entsorgung.

Das bestehende System sei "bewährt", ein neues hingegen mit "unnötigen Zusatzkosten" für Hersteller und Verbraucher verbunden, so die Verbände.

→ EU: Elektrogeräte müssen sparsamer werden
(22.07.2009)



Übersicht: Alle ORF-Angebote auf einen Blick

ORF